

Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt

Amtsblatt



Anzeiger

Das Königl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Hohenstein-Ernstthal.
Organ aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften.

Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Bernsdorf, Meinsdorf, Langenberg, Falken, Reichenbach, Callenberg, Langenchursdorf, Grumbach, Erbsheim, Ruchsnappel, Wilfenbrand, Gröna, Mittelbach, Ursprung, Kirchberg, Lugan, Erlbach, Pleiße, Ruchdorf, St. Egidien, Hüttengrund u. s. w.

erschient jeden Wochentag abends für den folgenden Tag und kostet durch die Austräger das halbe Jahr M. 1.55, durch die Post bezogen M. 1.92 frei ins Haus.

Fernsprecher Nr. 11.

Inserate nehmen außer der Geschäftsstelle auch die Austräger auf dem Lande entgegen, auch befördern die Annoncen-Expeditionen solche zu Originalpreisen.

Nr. 212.

Geschäftsstelle
Schulstraße Nr. 31.

Dienstag, den 12. September 1911.

Brief- und Telegramm-Adresse
Amtsblatt Hohenstein-Ernstthal.

61. Jahrg.

Viehmarkt.

Mit Rücksicht darauf, daß die Maul- und Klauenseuche in der nächsten Umgebung ausgebrochen ist, wird hiermit der jeden Montag hier stattfindende Viehmarkt bis auf weiteres gesperrt.

Stadtrat Hohenstein-Ernstthal, am 7. September 1911.

Das Wichtigste vom Tage.

Der Kaiser ist gestern nachmittag zur Teilnahme an den Kaisermanövern in Schloß Pöthenburg eingetroffen.

König Friedrich August begab sich heute Montag früh nach Mähren (zwischen Borsdorf und Wurzen), wo er gegen 8 Uhr eintraf, und wohnte dem Manöver der 89. Infanterie-Brigade bei. Nach der Übung stieg er im königl. Palais zu Leipzig ab und verweilt in Leipzig bis Dienstag früh.

Die deutschen Gegenanschläge über Marokko sind am Sonntagabend in Paris eingetroffen. Am Dienstag wird sich der Ministerrat mit ihnen befassen.

Die preussische Zentral-Genossenschaftsstufe hat sich bereit erklärt, den Genossenschaften zum Futtermittel-Ankauf 10 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen.

In der Aufsichtsratsitzung des Kalibndiktats wurde mitgeteilt, daß im August ein Mehrertrag von 3 1/2 Millionen Mark im Vergleich zum August des Vorjahres erzielt worden sei.

Das Luftschiff „Schwaben“ ist in der Nacht zum Sonntag von Potsdam nach Gotha zurückgekehrt. Es stieg in Potsdam gegen 1/3 Uhr auf und ist bald nach 1/8 Uhr vor der Luftschiffhalle in Gotha gelandet. Das Luftschiff hat die Fahrt ohne Vorfälle zurückgelegt.

In Jena wurde gestern der sozialdemokratische Parteitag eröffnet.

Das französische Budget für 1912 steht für Militäraufgaben eine Gesamtausgabe im Betrage von 17 Millionen Franken vor.

Die Steuerungskundgebungen in Belgien und Frankreich dauern an. * Auf der Baltischen Werft ist der dritte russische Dreadnought, „Petropawlow“, vom Stapel. Die Getreideernte in Rußland ist ungünstig ausgefallen.

* Näheres siehe weiter unten.

Die deutschen Marokko-Vorschläge.

Auf den Entwurf eines Vertrages der französischen Regierung mit der deutschen über ein neues Statut in Marokko und die Deutschland gebotenen Garantien für die Wahrung seiner wirtschaftlichen Interessen im Scherifenreich antwortete, so weiß Marcel Sutin im „Echo de Paris“ zu berichten, Herr v. Riederlen-Wächter mit Gegenanschlägen, erklärte aber, Deutschland nehme im Prinzip die französischen Vorschläge als Basis für die Verhandlungen an. Deutschland findet die ihm angebotenen Garantien seiner wirtschaftlichen Interessen nicht genügend, sowohl derer, die in dem mit dem Sultan vereinbarten Abkommen bekräftigt werden, als derer, die für die Zukunft in Aussicht nimmt. In einem Vorentwurfe, der von Herrn v. Riederlen-Wächter Herrn Cambon überreicht wurde, haben die gegenwärtig nach Berlin berufenen deutschen Marokkospezialisten eine ganze Reihe öffentlicher Unternehmungen, öffentlicher Bauten, Minenbetriebe und Niederlassungen angegeben, wo Deutschland in der gleichen Weise wie Frankreich an der Verwertung des marokkanischen Bodens unter der Souveränität des Sultans, aber mit der Bürgschaft Frankreichs teilnehmen soll. Deutschland versichert übrigens, daß es auf jede politische oder Gebietsverwendungs-Absicht in Marokko verzichte. Dies aber nur unter der Bedingung, daß die absolute Bürgschaft, die es für seine mächtigen Bedürfnisse und wirtschaftlichen Interessen verlangt, formell von Frankreich anerkannt werde. Soweit der erste Punkt der deutschen Gegenanschläge. Der zweite Punkt bezieht sich auf die Entschädigungen im Mittelkongo und im Ubanguegebiet. Auch hier fordert Deutschland, aus französischen Freigebiet vollständigeren Nutzen zu ziehen unter dem Vorwande, daß ihm die Gebiete, die Frankreich abtreten wolle, nicht viel nützen können, da diese an verschiedene französische Gesell-

schaften in Konzeption überlassen wurden, die dann entschädigt werden müßten.

Bemerkenswert ist, was die in der Marokkofrage sehr gemäßigten „Lanterne“ zu den deutschen Gegenanschlägen schreibt: „Frankreich könne nicht allein die Verantwortung übernehmen, ohne einen entsprechenden materiellen Nutzen zu haben. Die deutsche Forderung gehe aber dahin, Frankreich in Marokko alle Lasten aufzubürden, für sich hingegen aber einen Anteil an dem Nutzen zu beanspruchen.“ Nebenliche Ansichten entwickelt auch die „Petit République“. Sie betont: „Die Gewährung wirtschaftlicher Vorrechte in Marokko an Deutschland würde berechtigte Proteste der englischen Regierung heraufbeschwören.“

Die mehrfach auftretende Behauptung, daß die von Deutschland betonte wirtschaftliche Sicherstellung Vorrechte bedeuten würde, darf nach der „Tgl. Ndsch.“ jetzt schon als ein Frrtum zurückgewiesen werden. Der Berliner Regierung kommt es vielmehr darauf an, den deutschen Industriellen und Kaufleuten in Marokko die nötigen rechtlichen Grundlagen zu schaffen, die den Grundbesitz der offenen Tür in Marokko in vollem Umfange aufrecht erhalten, die gegenüber den Schikanen durch die Zollbehörden eine Verfassungsgrundlage geben, die bei gewissen öffentlichen Vergebungen der deutschen Industrie nicht nach tunesischem Beispiel gegeben, die die Interessen der Mannesmann-Gruppe und anderer Gesellschaften lebensfähig erhalten und die verhindern, daß jeder Streit unserer Landesleute zu einer politischen Angelegenheit auswachsen muß. Ausdehnung unserer Konsularbefugnisse in Marokko und nötigenfalls die Vorhebung eines Schiedsgerichts zur Entscheidung schwieriger Fälle würden mit dazu beitragen, die Marokko-Angelegenheit endlich einmal dahin zu bringen, daß sie aufhöre, die Quelle von Ungelegenheiten zu sein.

Die in Berlin erscheinende französische Zeitung „Journal d'Allemagne“, die sowohl zu den deutschen, als auch zu den französischen amtlichen Stellen Beziehungen hat, veröffentlicht eine Darstellung über den gegenwärtigen Stand der Unterhandlungen. Es heißt in dem Artikel: „Wie wir erfahren, hatte die französische Regierung für Südmarokko die Bildung einer deutsch-französischen Gesellschaft vorge schlagen, die gemeinsam die Ausbeutung der Bergwerke in die Hand nehmen soll. Aber diese gemeinsame Gründung genügt der deutschen Regierung noch nicht. Man stellt dem entgegen, daß diese keine Garantien bietet, da ihre Arbeiten zu viel von anderen Faktoren abhängig sind. Die Eisenbahnfrage z. B., die von Frankreich abhängig ist, steht im engsten Zusammenhange mit den Ausbeutungsmöglichkeiten, sodas jede einseitige Politik hinsichtlich der öffentlichen Arbeiten die Vorteile eines deutsch-französischen Zusammenarbeitens illusorisch machen kann. Auf französischer Seite steht man auf dem Standpunkt, daß eine Gesellschaft, in der deutsche und französische Industrielle vertreten sind, genügende Garantien bietet, die Interessen der beiden Teile zu wahren.“

Gegenüber den optimistischen deutschen optimistischen Äußerungen ist die Stimmung in Paris durchaus pessimistisch. Es werden in der Pariser Presse eine Anzahl Tatsachen zusammengestellt, die auf die gespannte politische Lage zurückzuführen sind. So macht sich seit einiger Zeit ein Mangel an Gold bemerkbar. Ferner wurden große Ladungen verschiedenen Inhalts, die für Casablanca bestimmt und bereits in Marseille eingetroffen waren, nach dem Militärdepot in Versailles zurückzuführen sind. Weiter wird mitgeteilt, daß für den Fall, wenn die Unterhandlungen nicht zu einem günstigen Resultat führen sollten, die Reservisten, die am 25. d. M. entlassen werden sollten, weiter unter der Fahne bleiben sollten die deutsch-französischen Verhandlungen abgebrochen werden, so würden Frankreich und England keinen Moment zögern, auch Kriegsschiffe nach Agadir zu entsenden. Das sind zum Teil ziemlich plumpe Drohungen, die in Deutschland wenig Eindruck machen werden. Auch von englischen Vorkaufsmaßnahmen wird berichtet. Wie die „Times“ melden, hat die Admiralität angeordnet, daß eine Abteilung Matrosen des Kreuzers „Gernone“, die

Doct und den Hafen von Barrow bewachen soll. Auch die Tore des Dockbassins stehen unter scharfer Kontrolle; denn wenn es jemand gelänge, das Wasser des Bassins abzulassen, würden die Kriegsschiffe, die im Hafen liegen, auf Grund laufen und schwere Havarien erleiden. Zu dieser Überwachung sind die Matrosen mit scharfen Patronen ausgerüstet, auch werden Polizeifürsoren herangezogen. Gleichen Vorsichtsmaßnahmen unterliegen die Marinewerke der Firma Widerts. Der „Martin“, der das „Times“-Telegramm über die verstärkte Bewachung des Hafens von Barrow veröffentlicht, glaubt zu wissen, daß diese Vorsichtsmaßnahmen nicht ohne Beziehungen zu der internationalen Spannung sind. Aus guter Quelle verlautet, daß auch in den übrigen großen Häfen und Werften ähnliche Maßnahmen angeordnet worden seien.

Warum Krieg?

Die „Ndn. Ztg.“ verbreitet sich an leitender Stelle unter der Spitzmarke „Warum Krieg?“ über die gegenwärtige Lage. Es handelt sich dabei offenbar nur um die Meinung des rheinischen Blattes. Die Zeitung legt auseinander, daß Deutschland wegen der Verletzung der Algeras-Akte nicht mit Frankreich die Waffen zu kreuzen brauche, zumal die anderen Mächte hierin keinen Grund zu kriegerischen Verwicklungen erblickten. Anders läge die Sache, wenn Deutschland, wie vielfach, irrtümlicherweise durch die Entsendung des „Panther“ angenommen werde, Ansprüche auf Südmarokko geltend machen wolle. Ein großer Fehler der deutschen Regierung sei es, daß sie dieser Auffassung nicht durch genaue Kennzeichnung ihrer Ziele den Boden zu der jetzt allenthalben verbreiteten Nervosität entzöge. — Zum Schluß heißt es dort wörtlich: „Neben noch die Möglichkeit, daß die jetzt schwebenden Verhandlungen scheiterten, eine Möglichkeit, mit der zu rechnen ist. Wären wir dann durchaus gezwungen, das Schwert zu ziehen? Wir glauben nicht, daß selbst bei peinlichster Erwägung des Ehrenpunktes die Notwendigkeit vorläge. Deutschland würde in dem Falle nichts übrig bleiben, als sich auf den Vertrag von Algieras zurückzuziehen, mit allen diplomatischen Mitteln sich der weiteren Umfassung Marokkos in den Weg zu stellen und seine wirtschaftlichen Interessen bei jeder Gelegenheit nachdrücklich geltend zu machen. Eine solche Verweigerung der marokkanischen Hände ist für uns keine verlockende Aussicht; noch weniger genehm aber, so sollte man meinen, müßte sie Frankreich sein. Dieser Ausgang der Dinge wäre zugleich für den Frieden eine unablässige Bedrohung, und niemand könnte die Bürgschaft dafür übernehmen, daß über den Reibereien, die dann unablässig sein würden, nicht schließlich doch der Krieg ausbräche. Das weiß man in Frankreich so gut wie in Deutschland, man wird es sich daher dort dreimal überlegen, ehe man die großen Vorteile, die die deutschen Vorschläge der Republik für alle Zukunft bieten, aus der Hand gibt.“

Berlin, 10. Sept. Ein Vertreter der Berliner Hochfinanz, der im Laufe des gestrigen Nachmittags Gelegenheit hatte, den Staatssekretär des Äußeren persönlich zu sprechen und ihn darauf aufmerksam zu machen, daß die Unsicherheit in der politischen Lage und das grundsätzliche Schweigen der deutschen Regierung eine arge Gefährdung des Geldmarktes mit sich bringen und daß selbst die Großbanken absolut nicht in der Lage wären, einem Ansturm auf die Depozitenkassen nachzugehen, erhielt von dem Staatssekretär die beruhigenden Versicherungen.

Herr v. Riederlen-Wächter erklärte, daß absolut kein Grund zur Verunsicherung vorliege.

Paris, 10. Sept. Die deutschen Gegenanschläge über Marokko sind gestern abend hier angekommen; sie werfen gewisse Fragen grundsätzlicher Natur auf und erfordern ernsthafte und eingehende Prüfung. Nach der Meldung verschiedener Blätter werden die Minister des Äußeren de Selves und Ministerpräsident Caillaux bereits am Dienstag den Ministerrat mit der Angelegenheit der deutschen Gegenanschläge befragen. Es macht sich der Eindruck geltend, daß eine Einigung zustandekommen wird.

Brüssel, 10. Sept. Der „Independance“ zufolge demontiert man an unabhängiger Stelle die Meldung eines belgischen Militärorgans, daß Frankreich das 6. Armeekorps vollständig mobilisiert habe. Frankreich habe nur die gleichen Vorsichtsmaßnahmen getroffen, wie sie auch deutscherseits erfolgt seien. Von einer vollständigen Mobilisierung könnte schon deshalb keine Rede sein,

weil doch dazu auch die Einberufung der Reservisten und die Requisition von Pferden und Wagen gehörten, solche Maßnahmen könnten aber nicht verborgen bleiben.

Amsterdam, 10. Sept. Auch die holländische Regierung folgt nunmehr dem Beispiele der belgischen Regierung, um für die Eventualität eines deutsch-französischen Krieges gerüstet zu sein. In verstärkten Garnisonstädten, namentlich an der deutschen Grenze wurden Mobilisierungen vorgenommen. Außerdem haben die Militärs aus dem Jahrgang 1907-08 Befehl erhalten, in diesem Jahre ausnahmsweise einen Monat länger bei ihrem Regiment zu verbleiben. Diese Mobilisierungen haben die Bevölkerung sehr beunruhigt, besonders da die Regierung keine Erklärungen für ihre Vorsichtsmaßnahmen geben will.

Aus dem Reiche.

Das Kaisermanöver.

Aus Woldegk in Mecklenburg wird unterm 10. Sept. geschrieben: Die Grundidee des Kaisermanövers wird das Ausland besonders interessieren, weil sie sich auf Delcassés altem Plane von 1905 aufbaut, das eine feindliche Armee an der deutschen Küste landet. Auch letztgig spielten französische Militärblätter mit einem solchen Gedanken. Die Kriegslage nimmt an, daß am 7. September eine rote feindliche Armee auf der Linie Bremerörde-Hamburg-Lübeck gelandet und in südöstlicher Richtung den Vormarsch angetreten hat. Ihr gegenüber weicht die blaue deutsche Elbarmee beiderseits des Flusses zurück. Das Manöver stellt nur die Vorgänge auf den östlichen Flügeln dar. Vor den starken feindlichen, am Greifswalder Bodden gelandeten Streitkräften ist der blaue Küstenschutz in Stärke einer Division im Zurückweichen und steht in der Nähe von Friedland. Hier ist morgen früh das erste Zusammentreffen zwischen den gelandeten roten Truppen und der zur Unterstützung des blauen Küstenschutzes heraneilenden Gardebatterie-Division zu erwarten. Um die Kriegsmäßigkeit zu wahren, sind der Mandövererfolg und der Abtransport der Truppen ganz unbestimmt gelassen.

Alldeutscher Verbandstag.

Am Sonntag wurde in Düsseldorf der 17. Alldeutsche Verbandstag unter starker Beteiligung abgehalten. Den Mittelpunkt der Verhandlungen bildete die Marokkofrage. Nachdem bereits in der Sitzung des Hauptausschusses Stellung hierzu genommen worden, fand in der Hauptversammlung nach einem Vortrag des Vorsitzenden Rechtsanwält Claf-Mainz folgende Resolution Annahme: „Der Alldeutsche Verband erachtet es als seine vaterländische Pflicht, unumwunden auszusprechen, daß die politische Preisgabe Marokkos an Frankreich und die sogenannte Schabloshaltung des Deutschen Reiches im französischen Kongo weder den Wünschen des deutschen Volkes, noch den Notwendigkeiten des Deutschen Reiches entspricht. Aus der Angelegenheit ist allmählich eine Ehren- und Machtfrage des Deutschen Reiches geworden. Der Verbandstag stellt fest, daß eine Politik der Regierung, die die wesentlichen nationalen Gesichtspunkte wahr, unser Volk mit Begeisterung zu jedem Opfer bereit findet, während es nicht abzusehen vermag, welche Folgen eine deutsche Niederlage haben wird. Im Hinblick auf diese Folgen bittet der Verbandstag den Reichstag, lieber den Abbruch der Verhandlungen anzuordnen, als einen Abschluß zu vollziehen, der den deutschen Wünschen und Notwendigkeiten nicht voll entspricht.“

Porfirio Diaz.

Der kürzlich infolge der Revolution die Präsidentschaft in Mexiko niedergelegt hat, hat sich, wie aus Heidelberg gemeldet wird, mit seiner Gemahlin dort niedergelassen.

Ausschluß des „Genossen“ Hildebrand.

Das sozialdemokratische niederrheinische Agitationskomitee kam auf Antrag der Solinger Parteiorganisation zu dem Beschluß: Hildebrand wird aus der Partei ausgeschlossen. Gegen diese Entscheidung bleibt Hildebrand nur der Appell an den Parteitag. (Hildebrand ist ehemaliger Nationalsozialer und hat sich die Gunst der Sozialdemokratie durch sein Eintreten für eine kräftige Marokko-Politik verschert. Red.)

Die kopflose Börse.

Ein Schreckenstag im vollen Sinne des Wortes war der Sonnabend für den Berliner Markt. Hier vollzog sich ein heroiertartiger Entwertungsprozeß, der diesem Tage für alle Zeiten